

Auf in eine positive Zukunft

ERGÄNZUNGSTARIFVERTRAG UND NEUE INVESTITIONEN BEI LÄPPLÉ

Läpplé Heilbronn hat bewegte Jahre hinter sich, die letzte große Investition stammt aus dem Jahr 2004. Nun wird den gestiegenen Gemeinkosten entgegen gesteuert und in zwei wichtige Maßnahmen investiert – mit voller Unterstützung des Betriebsrats und der IG Metall-Mitglieder.

Das Investitionspaket im unteren zweistelligen Millionenbereich fließt in eine große Transferpresse mit Servoantrieb sowie in Infrastrukturmaßnahmen innerhalb des Betriebsgeländes.

»Wir finden diese Schritte durchweg positiv«, konstatiert der Betriebsratsvorsitzende Matthias Mähr. »In den vergangenen Jahren wurde stets über Abbau gesprochen, von den Mitarbeitern wurden Beiträge gefordert, um das Ergebnis erträglicher zu gestalten. Investitionen flossen nur

in Projekte, nicht in Produktionsstätten. Nun wird in eine marktgerechte Anlage investiert und damit Umsatz geschaffen.« Auch die Gemeinkosten können dank der Infrastrukturmaßnahmen prozentual reduziert werden.

»All das trägt zu einem positiven Bild bei, das Läpplé Automotive nach vorne bringen wird«, ist Mähr überzeugt.

Positiver Kurswechsel. Möglich macht das der aktuelle Ergänzungstarifvertrag, der bis zum

31. Dezember 2018 läuft. Darin werden auch betriebsbedingte Beendigungskündigungen ausgeschlossen, Änderungskündigungen sind möglich.

Bei einem positiven Jahresergebnis bekommen die Mitarbeiter eine Ergebnisbeteiligung. Die Übernahmeverpflichtung für Auszubildende wird in der bisherigen Form weitergeführt, im Gegenzug erhöht sich die wöchentliche Arbeitszeit von 36 Stunden auf 37,5 Stunden ohne Entgeltausgleich und es werden

die Sonderzahlungen von derzeit 50 Prozent des Tarifniveaus auf 40 Prozent über die Laufzeit reduziert. »Die Mitarbeiter haben in der Vergangenheit viel unentgeltliche Mehrarbeit erbracht und auf Teile der Sonderzahlungen verzichtet«, so Mähr. »Jetzt wird nach Jahren der Unsicherheit in die richtige Richtung gedacht. Der neue Vertrag kommt fast durchweg positiv an, da man endlich sieht, dass in den Standort investiert und Arbeitsplätze mittel- bis langfristig gesichert werden.« ■

TERMINE

Bildung am Freitag:

»IG Metall und Kampf um Audi« mit Klaus Zwickel, ehemaliger Erster Vorsitzender der IG Metall,

■ **24. April 2015,**
15 bis 19.30 Uhr

Saal der IG Metall, Salinenstraße 9, Neckarsulm

Anmeldungen bitte per E-Mail an:

▶ sabrina.schall@igmetall.de

Impressum

IG Metall
Heilbronn-Neckarsulm
Salinenstraße 9
74172 Neckarsulm
Telefon 07132 93 81-0
Telefax 07132 93 81-30
E-Mail:
neckarsulm@igmetall.de

Internet:
▶ neckarsulm.igm.de
Redaktion: Michael Unser
(verantwortlich), Si-De-Punkt,
Weinsbergerkreuz

Engagement kennt keine Grenzen



Alle Jahre wieder tut der Betriebsrat von Schunk aus Lauffen etwas Gutes. Nachdem zuvor die SLK Kliniken sowie Kinder in Somalia unterstützt wurden, ging es Ende 2014 rund 1800 Kilometer weit Richtung Osten – mit einem mit Hilfsgütern beladenen Sattelzug für bedürftige Kinder und Familien in Rumänien.

»Der Verein »Straßenengel e.V.«, aus Boxberg fährt seit 16 Jahren regelmäßig nach Rumänien, um zu unterstützen und Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten«, erklärt der Betriebsratsvorsitzende Michael Epli. »Das finden wir

großartig und da wollten wir mitmachen.«

Gesagt, getan. Da manche Güter vor Ort gekauft werden mussten, wurde im Vorfeld ein Spendenkonto eingerichtet.

Dabei hat die Schunk-Belegschaft so viel zusammengetragen, dass kaum mehr ein Fuß zwischen die Sachspenden gesetzt werden konnte. Verschiedene Firmen packten Nahrungsmittel und Schulutensilien obendrauf, und dank einer großzügigen finanziellen Spende der Familie Schunk konnten Baumaterialien gekauft werden. »Um sicher zu

gehen, dass alles, was gespendet wurde, auch da ankommt, wo es benötigt wird, haben die Kollegen Gaby Bechtold, Uwe Britsch und Manfred Kiefer den Transport direkt nach Racovita in den Karpaten gefahren«, berichtet Epli.

Begleitet wurden sie von zwei »Straßenengeln«. Unterstützt wurde ein Projekt, bei dem ein Gelände zum Bauernhof umgebaut wird, der sich selbst trägt und Jugendliche aufnehmen kann, die ab 18 nicht mehr in staatlichen Kinderheimen unterkommen. ■